



Auf der Besuchertribüne: Dicht gedrängt verfolgen rund 60 Zuhörer die Sondersitzung des Gemeinderates über den CDU-Antrag zum Klageverzicht in der Windkraftdebatte. FOTO: RALPH MEYER

Bürger sauer über Ratsentscheid

Windkraft-Sondersitzung: SPD bezeichnet die Union als „fünfte Kolonne der Windkraftindustrie“. Rechtliche Expertise sieht keine Regressmöglichkeit

Von Ralph Meyer

■ **Borchen.** Die Windkraftklagen der Gemeinde Borchen sind, wie bereits gestern kurz berichtet, vom Tisch. Mit einer Stimme Mehrheit hat die Koalition aus CDU, Bündnisgrünen und FDP/FWB den Klageverzicht durchgedrückt. Politisch könnte der Sieg für die Union indes ein Desaster bedeuten, denn das Abstimmungsergebnis wurde von den rund 60 Zuhörern der Sondersitzung brüsk kommentiert. Worte wie „Bestechung“, „Ihr habt Euch kaufen lassen“ oder „Bei der nächsten Wahl gibt’s die Quittung dafür“ waren deutlich zu hören. Und Volker Tschischke rügte den Beschluss umgehend.

Die rund zweistündige, oft turbulente Debatte war reich an Schmonzetten, jedoch arm an Argumenten. Die meisten Themen waren bereits in der Vergangenheit ausgetauscht worden, und so versuchte die Union, mit einem zu erwartenden finanziellen Schaden für die Gemeinde und möglichen Regressansprüchen an die Ratsmitglieder in Höhe von neun Millionen Euro zu punkten. CDU-Fraktionschef Hansjörg Frewer sah die Schuld für die Misere bei der Verwaltung, die es versäumt habe, der juristischen Entwicklung Rechnung zu tragen. Wörtlich sagte er: „Die Verwaltung blieb bis zum Urteil des Verwaltungsgerichtes untätig“. Auch habe man Hinweise des Landrates auf die Gefahren des Flächennutzungsplans ignoriert.

Die neun Millionen Euro möglicher Schadenersatzansprüche kämen auf der Basis verspäteter Inbetriebnahme zustande, fügte er hinzu und nannte die Standorte der beklagten Anlagen „nicht wirklich problematisch“. Sein Appell „Wir müssen die Energiewende schaffen“, wurde lautstark mit Buhrufen der Zuschauer quittiert.

Bürgermeister Reiner Allerdissen machte deutlich, dass Schadenersatzansprüche gegen Ratsmitglieder nur beim grob fahrlässigen oder vorsätzlichem Handeln zum Tage käme. Der Borchener Rat hätte jedoch erst nach juristischer Beratung für eine Klage votiert. An die Adresse von Frewer gerichtet, sagte er: „Sie bedrohen ihre Ratsmitglieder mit Schadenersatzforderungen.“ Die Schadenersatzforderung nannte Allerdissen eine „absurde und groteske

Drohung“. SPD-Fraktionschef Herbert Berger nannte den Antrag der CDU „schlampig recherchiert“ und überdies völlig überflüssig. Wörtlich sprach er vorm einem „Diebstahl von Freizeit“. Er kritisierte, dass die Union ihre Sichtweise nicht von unabhängiger Seite aus prüfen lassen. „Sie haben die Sitzung ohne jedes Fundament ins Horn gestoßen“.

Volker Tschischke (SPD) bezeichnete den Antrag als „pure Kopie einer Pressemitteilung von Westfalenwind“. Sein Fraktionskollege Jürgen Schmidt nannte die Union „die fünfte Kolonne der Windindustrie“.

Edzard Buse-Weber (Grüne) bezeichnete den Klageweg als nicht zielführend und forderte mehrere Ergänzungen zum CDU-Antrag wie die Verlegung der Firmensitze der Windunternehmen nach Bor-

chen, um die Steuereinnahmen zu sichern, und verbilligten Strom für die Bürger. Allerdissen Replik: „Absurd und grotesk – wollen Sie die Unternehmer mit der Waffe zwingen?“ Und zum billigen Strom: „Wenn ein Schweinestall für 50.000 Tiere gebaut wird – gibt’s dann auch billiges Schweinefleisch für die Bürger?“

Hans-Jörg Nordmeyer (SPD) bezeichnete den Abend als „Gefälligkeitsitzung für Westfalenwind und Landrat Manfred Müller“ und warf der CDU vor, „kommunalen Schaden“ zu verursachen. Frank Simon (CDU) forderte vom Bürgermeister eine persönliche Erklärung, dass die Gemeinde und die Ratsmitglieder keinen persönlichen Schadenersatzforderungen ausgesetzt seien. Allerdissen sicherte zu, dass „bis zur Entscheidung des Oberverwaltungsgerichtes Münster solche Forderungen nicht gestellt werden können“. Er bot auch an, nach der Entscheidung unverzüglich den Rat einzuberufen.

Nach einer 15-minütigen Sitzungsunterbrechung sattelte Frewer noch eine Forderung drauf: In der kommenden Sitzung möge der Rat über die wirtschaftliche Beteiligung an an Windkraftanlagen zugunsten der Gemeinde beraten. Kommentar von Jürgen Schmidt: „Wie so ein bockiges Kind“. Herbert Berger forderte „eine Chance für Bürger und Gemeinde“, und Allerdissen erklärte, die Union handele „gegen die Interessen der Bürger“.

Befangen oder nicht befangen

- ◆ An Diskussion und Abstimmung bei der Sitzung zur Windkraft im Borchener Rathaus nahmen Johannes Niggemeyer (SPD), Guido Reitmeyer (Grüne) und Anton Stelte als befangen nicht teil.
- ◆ Heinrich Rebbe (CDU) und Marcel Welsing (FDP) stuften sich selbst als nicht befangen ein.
- ◆ Bei der Abstimmung über den CDU-Antrag enthielten sich Frank Simon (CDU) und Marcel Welsing (FDP) der Stimme.
- ◆ Zur Frage des Scha-

densersatzes und der persönlichen Haftung hatte Bürgermeister Reiner Allerdissen allen Ratsmitgliedern am Nachmittag vor der Entscheidung eine Expertise des Ibbenbürener Rechtsanwaltes Hendrik Kaldewei übermittelt, was mehrere Ratsmitglieder, darunter auch die Rechtsanwältin Claudia Cosack (CDU) als zu kurzfristig bezeichneten. Replik des Bürgermeisters: „Als Anwältin sollten Sie jedoch über juristisches Grundwissen verfügen“. (my)